

BLICKPUNKT

Wiggertal



61 Stimmberechtigte interessierten sich für die Gemeindeversammlung vom Donnerstagabend. Debatten gab es aber vornehmlich nach den traktandierten Geschäften. Foto Pascal Vogel

Infos sorgten für viel Diskussionsstoff

REIDEN An der Gemeindeversammlung vom Donnerstagabend gab keines der traktandierten Geschäfte sonderlich Anlass zu Diskussionen. Zündstoff boten jene Infos, die der Gemeinderat danach vortrug.

von Pascal Vogel

Ein Donnerwetter gab es am Donnerstagsabend nur ausserhalb der «Sonne»: Pünktlich zum Start der Gemeindeversammlung entlud sich ein heftiges Gewitter über Reiden. Immerhin: Alle der 61 anwesenden Stimmberechtigten hatten es noch trocken in den Saal geschafft. Die traktandierten Geschäfte boten wenig Zündstoff (siehe Kasten). Selbst beim Jahresbericht – im finanziell gebeutelten Reiden meist ein heisses Thema – gab es vergleichsweise wenige Wortmeldungen. Eveline Gasser wollte wissen, was es mit den in der Botschaft unter dem Punkt Wirtschaftliche Sozialhilfe aufgeführten 66 Klientenkonten mit positivem Guthaben auf sich habe. «Bei Archivierungsarbeiten stiessen Mitarbeitende der Verwaltung auf 66 Dossiers aus den Jahren 1998 bis 2010, die sie stutzig machten», gab Gemeindepräsident Hans Kunz Auskunft. Grund: Obwohl die Gemeinde Leistungen von Dritten (beispielsweise Prämienverbilligungen) für Klienten erhielt, wurden diese in den besagten Fällen nicht ausbezahlt. Der Gemeinderat habe sich in der Folge extern fachlich beraten lassen und ein Konzept zur Aufarbeitung erstellt. Dies in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Gesundheits- und Sozialdepartement. Inzwischen seien alle bekannten Fälle registriert und bearbeitet, die Zahlungen für die Begünstigten jedoch noch nicht getätigt worden. «Die einzelnen Beträge sind sehr unterschiedlich. Es gibt solche im tiefen zweistelligen Bereich, aber auch solche bis einige tausend Franken», so Kunz. Der Gemeinde erwache daraus kein finanzieller Schaden. Auf Nachfrage von Eveline Gassmann, wo denn das Geld sei, wusste im Saal aber niemand eine Antwort. «Wir informieren weiter, wenn wir die Fakten gesichert haben», sagte Kunz.

Die Angst vor erneutem Hochwasser Immer wieder lösten sich an diesem Abend die Blicke der Anwesenden vom Rednerpult und wanderten Richtung Fenster. Niemand hatte vergessen, was vor einem Jahr passiert ist. Auch Irma Häfliger aus Langnau nicht. «Ich

bin jeweils ganz nervös, wenn wieder dunkle Wolken aufziehen», sagte sie zu Beginn ihrer Wortmeldung. Bereits zum sechsten Mal seit den 1980er-Jahren sei Langnau im vergangenen Sommer überschwemmt worden. «Hochwasserschutz, bitte sehr!», forderte sie und wollte wissen, welche Ideen der Gemeinderat diesbezüglich habe. Willi Zürcher, Gemeinderat Bau und Infrastruktur, schob den Ball dem Kanton zu. Dieser habe die Oberleitung beim Hochwasserschutz, Gespräche würden laufen. Dabei gehe es vor allem um den Ortsteil Richenthal, wo für den Hochwasserschutz Land benötigt werde. «Momentan bestehen verschiedene Ansichten betreffend durchleiten und rückhalten. Ende Sommerferien sollten wir mehr wissen», so Willi Zürcher, der das Hochwasser als leidiges Thema bezeichnete: «Wenn es prekär ist, ist es bei allen in den Köpfen. Ist das Hochwasser aber vorbei und geht es darum, Lösungen zu suchen, gibt es viele Landbesit-

zer, die nicht Hand bieten wollen.» Zürcher misst deshalb dem Objektschutz eine grosse Bedeutung zu.

Grossunternehmen will in Mehlecken bauen

Weiter informierte Hans Kunz über die Entwicklung des sogenannten strategischen Arbeitsgebietes in Mehlecken. Dort, wo momentan Rollrasen produziert wird, hat der Kanton vor Jahren ein solches Gebiet ausgeschieden und in den kantonalen Richtplan aufgenommen. An die Überbauung und Entwicklung der 20 Hektaren grossen Fläche seien hohe Hürden und viele Bedingungen geknüpft, so Kunz. «Nun gibt es einen namhaften Schweizer Unternehmer, der ein Konzept für dieses strategische Arbeitsgebiet in Mehlecken entwickelt hat.» Konkret: Die Firma Swisspor will dort einen Produktionsstandort für moderne Dämmstoffe erstellen und die Hochschule Luzern ist daran interessiert, am Standort Reiden

die bestehende Forschungskonkurrenz mit der Swisspor weiterzuentwickeln und thematisch auszuweiten. Weitere Ansiedlungen im Bereich Gebäude- und Umwelttechnologie sind vorgesehen. Der Regierungsrat hat dem Konzept zugestimmt. Morgen Mittwoch wird der Kanton an einer Medienkonferenz in Luzern detailliert über das Projekt informiert. Die Bevölkerung von Reiden wird laut Hans Kunz eine Woche später «aus erster Hand» ins Bild gesetzt. Der Anlass findet am Mittwoch, 6. Juli, 19 Uhr, im «Sonne»-Saal statt.

Hob der Gemeinderat die Aussicht auf einen guten Steuerzahler hervor, sahen einige Versammlungsteilnehmer in der Einzonung ein Druckmittel gegenüber dem Kanton. Der Gemeinderat solle mit ihm über die Rückzonen verhandeln, meinte etwa Bruno Aecherli. Ihm pflichtete Markus Schwander bei, der die 20 Hektaren Fruchtfeldfläche hervorhob, die in die Arbeitszone überführt würden. «Die Frage der Fruchtfol-

gefläche ist eine der hohen Bedingungen für eine Überbauung des Gebietes. Und diese ist nicht vom Gemeinderat zu lösen, sondern vom Investor», sagte Willi Zürcher. Hans Kunz schmetterte die Forderung Aecherlis, die Einzonung als Verhandlungsgrundlage zu verwenden, als «illusorisch» ab. «Die Arbeitszone und die Wohnzone sind zwei Paar Schuhe und haben überhaupt nichts miteinander zu tun. Die Forderung ist schlicht nicht umsetzbar.»

Flüchtlinge: Unterbringung oder teure Ersatzabgaben

Dass es auf der Welt momentan weitaus grössere Probleme gibt als die Frage der Fruchtfolgefläche, ist unlängst bekannt. Ebenso, dass der Krieg in der Ukraine auch hierzulande Spuren hinterlässt. Rund 2500 Geflüchtete werden bereits im Kanton Luzern untergebracht, wöchentlich kommen rund 100 Schutzsuchende dazu. Zu viele für die kantonalen Unterbringungsmöglichkeiten. Die Gemeinden müssen dem Kanton deshalb unter die Arme greifen. Wie stark, hat der Kanton anhand eines Verteilungsschlüssels festgelegt. Dieser wurde auf 0.0235 angehoben – es müssen also pro 1000 Einwohner 23.5 Flüchtlinge aufgenommen werden (der WB berichtete). Im Falle von Reiden entspreche dies 85 Personen, sagte Esther Steinmann, Gemeinderätin Soziales und Gesellschaft. Deadline für die Unterbringung sei der 1. September. Schafft es die Gemeinde bis dahin nicht, die geforderte Anzahl Flüchtlinge unterzubringen, werden Ersatzabgaben fällig, die in einen Topf wandern und unter all jenen Gemeinden verteilt werden, die mehr Flüchtlinge beherbergen, als sie eigentlich müssten. Die Abgaben betragen in den ersten beiden Monaten 10 Franken pro Tag und Person und steigen kontinuierlich bis auf 40 Franken ab dem siebten Monat an. «Worst Case könnte uns dies ab März 2023 über 100000 Franken pro Monat kosten», so Esther Steinmann. Sie appellierte deshalb an die Anwesenden, freien Wohnraum zu melden. Diesbezüglich gehörte Irma Häfliger das letzte Wort: «Wir haben bei uns sechs Ukrainer aufgenommen. Das sind ganz flotte Leute.» Man solle keine Angst haben vor einer Aufnahme. Im Gegenteil: «Für mich ist das eine Kulturbereicherung.»

So endete eine informative Gemeindeversammlung nach exakt zwei Stunden mit einem Aufsteller. Trüb war weiterhin das Wetter, obson das Gewitter vorbeigezogen war. Trocken nach Hause kamen aber trotzdem nur alle jene, die einen Regenschirm dabei hatten.

Sämtliche Geschäfte durchgewunken

TRAKTANDEN Sechs Geschäfte waren am Donnerstagabend traktandiert, sechs Geschäfte wurden von der Versammlung meist ohne grosse Diskussionen durchgewunken. Einzig beim Jahresbericht 2021 gab es mehrere Wortmeldungen (siehe Haupttext). Die Erfolgsrechnung schliesst bei einem Aufwand von 51,1 Millionen Franken mit einem Aufwandüberschuss von 540000 Franken ab und somit 90000 Franken besser als budgetiert. Mehraufwendungen gab es vor allem in den Bereichen Bildung (318000 Franken), Kultur und Freizeit (369000 Franken) sowie Bau und Infrastruktur (279000 Franken). Dem gegenüber standen Mehreinnahmen im Bereich Finanzen (775000 Franken). Die Nettoschuld je Einwohner hat sich gegenüber dem Vorjahr nur marginal verändert und liegt mit 4293 Franken um ein Mehrfaches über dem kantonalen Richtwert von 870 Franken. «Die finanzielle Lage hat sich nicht gross verschlechtert. Sie hat sich aber auch nicht verbessert», so Finanzvorsteherin Vera Schwizer.

Sowohl die Gemeindestrategie 2022 bis 2031 und das Legislaturprogramm 2022 bis 2026 als auch die Beteiligungsstrategie wurden einstimmig zur

Kenntnis genommen. Letztere regelt alle Leistungen, welche die Gemeinde nicht alleine, sondern im Verbund mit privaten oder öffentlichen Dritten erfüllt. «Alles, was gemeinsam besser und günstiger geht, soll auch gemeinsam angegangen werden», so Gemeindepräsident Hans Kunz.

Entsorgung Region Zofingen wird gesplittet

Als letzte der beteiligten elf Verbandsgemeinden sagte Reiden Ja zur Splittung der Entsorgung Region Zofingen (erzo) in die erzo ARA und die erzo KVA. Der Gemeindeverband wird somit definitiv rückwirkend auf den 1. Januar 2022 aufgeteilt. Zwar waren die Aufgabenbereiche bereits vor der Splittung buchhalterisch getrennt. Rechtlich aber waren sie als Gemeindeverband nicht unabhängig voneinander. Die erzo haftete mit ihrem Gesamtvermögen, egal, in welchem Aufgabenbereich Kosten angefallen waren. Neu wird die erzo in den Verband erzo ARA umbenannt und der erzo KVA gleichzeitig ein neuer Verband gegründet. «Somit haftet jeder Verband nur für sich. Gleichzeitig ist man unabhängiger und flexibler, was die Interessenwahrnehmungen der einzelnen Gemeinden betrifft», so

Bauvorsteher Willi Zürcher. Im Grunde aber ändere sich für die Gemeinde mit der Splittung nichts.

Fusion zur «Klangwelt Wiggertal» besiegelt

Ebenfalls als letzte der sieben beteiligten Gemeinden segnete Reiden die Fusion der Musikschulen Wiggertal-Hürntal, Pfaffnau-Roggiswil und Reiden-Wikon ab. Der Zusammenschluss wurde nötig, da der Kanton künftig nur noch Musikschulen als beitragsberechtigter anerkennt, die eine Grösse von mindestens 500 Unterrichtslektionen aufweisen. Keine der involvierten Schulen im Wiggertal hat eine solche Anzahl (Wiggertal-Hürntal 483; Reiden-Wikon 335; Pfaffnau-Roggiswil 123). Ab dem 1. August 2023 soll unter dem Namen «Klangwelt Wiggertal» musiziert werden. «Doch auch hier gilt: Die einzelnen Musikschüler werden von dieser Fusion wenig spüren. Der Unterricht geht normal an allen Standorten weiter», so Bildungsvorsteher Bruno Geiser.

Zu guter Letzt wurde die Lufida Revisions AG für zwei weitere Jahre als Revisionsstelle gewählt. Bereits in den beiden Rechnungsjahren 2020 und 2021 hatte sie dieses Amt inne. pv